

Potsdamer Erklärung

Für ein zukunftsfähiges Abitur



“Jedes Kind, jeder Jugendliche entwickelt sich im eigenen Tempo und geht dabei unterschiedliche Wege, dafür müssen wir hinreichend Zeit und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten geben.“

Dieter Zielinski (2.v.l.) beim Podiumsgespräch in Potsdam mit Friedemann Stöffler (Initiative flexible Oberstufe), Cornelia von Ilsemann (BüZ), Maïke Finnern (GEW), Björn Nölte (Institut für zeitgemäße Prüfungskultur), Ines Weber (Mutter), Jette Wagler (Landeschülervertretung BW) und Sebastian Dahlmann (Landeschülervertretung NRW) v.l.n.r. | Foto Rainer Fechner

Inge Gembach-Röntgen

Am 20.03.2023 trafen sich die Initiatoren der Potsdamer Erklärung, darunter die GGG, die Initiative Flexible Oberstufe, BüZ und die GEW, etliche Landeschüler*innen- und Elternvertretungen zur Tagung „Für ein zukunftsfähiges Abitur“ und zur feierlichen Unterzeichnung der o. g. Erklärung.

Mehr als einhundert Mitstreiter*innen und Unterstützer*innen waren an die Uni Potsdam gekommen, um der Tagung beizuwohnen. Eingeleitet wurde der Tag mit einer Vorstellung des Konzepts eines additiven Abiturs durch die Sportschule Potsdam. Sie ist die einzige Schule im gesamten Bundesgebiet, die im Interesse ihrer Leistungssportler*innen nicht nur die Verweildauer in der QPhase auf sechs Halbjahre strecken, sondern darüber hinaus die Abiturprüfungen staffeln darf.

Auch wenn das Konzept nicht jede*n ad hoc überzeugen konnte, einig waren sich alle: Ein Abitur, das auf einer Prüfungsordnung aus dem vergangenen Jahrhundert basiert, berücksichtigt nicht die Anforderungen einer modernen, pluralistischen Gesellschaft, den digitalen Wandel und die Herausforderungen einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt, noch kann es der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft

gerecht werden. Gemeinsam mit den Initiatoren der Potsdamer Erklärung plädierten die Anwesenden „für eine Oberstufe, in der fachlich und interdisziplinär, individuell und im Team, projektorientiert und inhaltlich vertieft, digital und analog, handlungsorientiert und theoriebezogen auf hohem Niveau gelernt und gearbeitet werden kann.“ (Präambel der Potsdamer Erklärung)

Wenige Tage zuvor hatten die Kultusminister der Länder die Neuregelung zur gymnasialen Oberstufe unterzeichnet und sich dafür gefeiert, „ein bisher noch nicht erreichtes Maß der Übereinstimmung und Gerechtigkeit erreicht“ zu haben. (Ties Rabe, Hamburgs Senator für Schule und Berufsbildung in der Pressekonferenz der KMK am 17.03.2023).

Warum also noch die Potsdamer Erklärung? In unseren Augen hat die KMK eine große Chance vertan, Rahmenbedingungen für ein Abitur zu schaffen, das Vergleichbarkeit, Bildungsgerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit gleichermaßen sichert. Verabredet wurde stattdessen eine Angleichung der Belegverpflichtung auf 40 Kurse, die Festlegung auf zwei bis drei Kurse auf erhöhtem Anforderungsniveau (Leistungskurse), eine Verbindlichkeit für die Anzahl und Dauer von Klausuren in den vier Halbjahren vor der Abiturprüfung und vier bis fünf Prü-

fungen im Abitur, davon mindestens drei schriftlich in Form einer Klausur und eine mündlich.

Damit können wir uns nicht zufriedengeben

Wir vermissen einen Innovationsimpuls in Richtung einer neuen Lernkultur, verbunden mit zeitgemäßen Prüfungsformaten – beides bereits häufig in der Sekundarstufe I vieler Schulen etabliert.

Wir vermissen eine Flexibilisierung der Strukturen, die eine Individualisierung der Lernprozesse und Bildungswege ermöglicht, was in anderen Ländern (z.B. Kanada) durchaus erfolgreich praktiziert wird.

Wir vermissen die Berücksichtigung der zunehmenden Heterogenität in unserer Schülerschaft durch vielfältige Herkunftsgeschichten, sehr unterschiedliche Lernvoraussetzungen, Begabungen und Interessen. Anstatt Heterogenität als Chance zu sehen und durch die Flexibilisierung von Raum-, Zeit- und Lerngruppenstrukturen auch für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, wird auf überkommene und einengende Strukturen gesetzt.

Wie geht es weiter?

Die GGG wird auch weiterhin im Bündnis für ein zukunftsfähiges Abitur aktiv mitarbeiten. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Innovationen an Schulen zu beflügeln und die öffentliche Debatte über den Innovationsstau im Bildungsbereich und die unzulängliche Bildungsgerechtigkeit selbstbewusst zu führen.

Nachtrag:

Die Kultusministerkonferenz hat sich in ihrem 381. Plenum am 16.03.2023 mit der Neufassung der Oberstufenvereinbarung befasst und in diesem Kontext den Schulausschuss gebeten, den Verfassern der „Potsdamer Erklärung“ ein Gesprächsangebot zu machen: Terminvorschlag 26.05.2023. Die Potsdamer Erklärung wird inzwischen von 90 Initiativen, Schülervertretungen und Organisationen, darunter viele Schulen, und mehr als 400 Einzelpersonen unterstützt.

Es bleibt spannend!

Die Potsdamer Erklärung:

► <https://ggg-webde/z-ueberregional-diskurs/134/stellungnahmen/2007>

Lehrkräftemangel

Empfehlungen des GGG-Hauptausschusses

Dieter Zielinski

In seiner Frühjahrssitzung 2023 hat sich der Hauptausschuss der GGG mit der Problematik des Lehrkräftemangels auseinandergesetzt. Einig waren sich alle Mitglieder, dass sofort Maßnahmen ergriffen werden müssen, die den Lehrkräftemangel mindern, die Attraktivität des Berufes einer Lehrerin bzw. eines Lehrers verbessern und die Schulen in die Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag nachkommen zu können.

Angesetzt werden muss an einer realistischen Bewertung der Lage in unseren Schulen mit nicht besetzten Stellen, einem hohen Krankenstand und ausfallendem Unterricht. Davon sind nicht alle Schulen gleichermaßen betrof-

fen. Besonders Grundschulen sowie die Schulen des gemeinsamen Lernens in den Sekundarstufen leiden unter dem Lehrkräftemangel. Festgehalten wurde, dass zahlreiche der von der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission in ihren „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“ gemachten Vorschläge, aber auch schon in den Ländern beschlossene Maßnahmen einseitig zu Lasten der Lehrkräfte gehen und diese über das Zumutbare belasten würden bzw. schon belasten. Grundsätzlich sollten Maßnahmen zur Minderung des Lehrkräftemangels zusammen mit den Betroffenen und vor dem Hintergrund der Wertschätzung ihrer Arbeit entwickelt werden. Der Hauptausschuss schlägt folgende Maßnahmen vor: